Nummer 418

Berliner Börsen-Zeitung

Morgenausgabe · Preis 200000 Mk. 69. Jahrgang Sonntag, 9. September 1923

Als Beilagen erscheinen: Der tägliche vollständige Kurszettel der Berliner Börse, Zinschein-Kalender, die Steuerpraxis, Praxis des Arbeitsrechts, Schiffahrt und Schiffbau, der Handel mit dem Osten und viele andere tabellarische Übersichten

Telegramm-Adr.: „Börsenkrone" | Für Manuskripte übernimmt d. Verlag keine Verantwortung | Unverlangt eingel. Manuskripten ist Rückporto beizufügen | Postscheck-Konto: Berlin 26412

Verantwortl. Leiter: Handelsteil: W. Funk, Berlin; Polit. Teil: Inneres P. Steinborn Schöneberg; Feuilleton Dr. R. Jäger, Berlin; Kunst Wissenschaft u. Lokales: S. Köppen, Bln.-Friedenau; Inseratenteil: H. Rongisowsky, Bln.-Charlottenburg. Verlag u. Druck: Berliner Börsen-Zeitung, Druckerei u. Verlag, Bln. W 8, Kronenstr. 37

Schriftleitung und Geschäftsstelle: Berlin W 8, Kronenstr. 37

Fernsprecher: Für den Handel Zentrum 8669; für Politik, Kunst und Lokales Zentrum 243, für die Expedition Zentrum 12352 und für die Druckerei Zentrum 2488

Anzeigen-Preis: Die 12gespalt. Zeile 1 000 000 Mk., Reklamezeil 4 000 000 Mk., Stellungsuchende 400 000 Mk. Bezugs-Preis freibl.: für Monat September 6 000 000 Mk. Die Zeitung erscheint in der Woche zwölfmal. Bestellungen werden b. sämtl. Zeitungsspediteuren unserer Geschäftsstelle und bei allen Postanstalten des Deutschen Reiches angenommen. Ausland-Bezug nur unter Streifband zulässig; Bestellungen sind direkt an unsere Geschäftsstelle zu richten. Der Bezugspreis beträgt im III. Quartal 1923 für Amerika 5 Dollar, Frankreich 100 frans. Francs, Belgien 10 belg. Francs, Schweiz 20 schweiz. Francs, Holland 15 holl. Gulden, Dänemark 30 dän. Kronen, Schweden 20 schwed. Kronen, Norwegen 30 norw. Kronen, England 25 Schilling, Italien 120 Lire, Rumänien 1000 rum. Lei, Spanien 40 span. Pesetas, Finnland 200 finn. Mark, Tschechoslowakei 200 tschech. Kronen, Brasilien 50 Milreis, Argentinien 15 Pesos, Serbien 400 Dinar, für September Oesterreich, Ungarn und Polen 12 000 000 Mk.

Zuschriften sind nur an die Geschäftsstelle zu richten | Im Falle höherer Gewalt oder Streiks haben unsere Bezieher keinen Anspruch auf Nachlieferung oder Erstattung eines entsprechenden Entgelts | Zuschriften sind nur an die Geschäftsstelle zu richten

Danzigs Währungsreform.

TU Danzig, 8. September.

Der Danziger Senator Dr. Volkmann hat heute vormittag sogleich nach seiner Rückkehr aus Genf dem Hauptausschuß über die Danziger Währungsfrage und über die schwebenden Verhandlungen mit dem Finanzkomitee des Völkerbundes berichtet. Seine Ausführungen waren kurz folgende: Das Finanzkomitee des Völkerbundes hat in mehreren Sitzungen die Währungsfrage von Danzig behandelt. Das Finanzkomitee ist danach der Auffassung, daß es nicht mehr nötig sei, weitere Verhandlungen mit der Reparationskommission und der Botschafterkonferenz abzuwarten. Das Finanzkomitee schlug daher vor, daß Danzig den nötigen Kredit mit Hilfe der Danziger Banken und des Privatkapitals beschaffen soll. Die polnische Delegation erklärte: Polen verpflichtet sich zu einer Gegenseitigkeit des neuen Danziger Geldes, d. h. also, es soll grundsätzlich das Danziger Geld in Polen so behandelt werden, wie die polnische Mark in Danzig.

Im weiteren Verlauf seiner Ausführungen erklärte Dr. Volkmann noch:

Eine wesentliche Erleichterung würde es bedeuten, wenn durch einen Meinungsaustausch der amtlichen Kreise der Freien Stadt Danzig und der Republik Polen eine Verständigung über die Währungsfrage herbeigeführt würde. In Genf sei aber seitens Polens erklärt worden, daß im Augenblick derartige Verhandlungen nicht geführt werden könnten; jedoch werde der polnische Finanzminister voraussichtlich am 13. und 14. September in Genf anwesend sein, um mit Dr. Volkmann beim Finanzkomitee des Völkerbundes zu verhandeln. Die Einigung werde von diesem etwa auf folgender Basis vorgeschlagen:

Polen verpflichtet sich, der praktischen Durchführung der Münzreform keine Schwierigkeiten in den Weg zu legen, insbesondere nicht an den Hohen Kommissar und den Völkerbund zu appellieren. Danzig erklärt seinerseits: 1. Die Münzreform solle kein Präjudiz bilden für die Festlegung in Art. 36 der Pariser Konvention, wonach Polen und die Freie Stadt Danzig sich verpflichten, sobald die Umstände es gestatten, auf Antrag des einen oder anderen Teils in Verhandlungen über die Vereinheitlichung der Münzsysteme einzutreten. Eine Frist von einem Jahr muß vorgesehen werden, bevor diese Vereinheitlichung, nachdem sie einmal beschlossen ist, in Kraft tritt.

Die Einführung der Polenmark in Danzig kommt nicht in Frage, da sie zurzeit kein Münzsystem im Sinn des Art. 36 darstellt. Ausgeschlossen soll aber nicht sein, daß nach einer polnischen Währungsreform Verhandlungen darüber stattfinden, die beiden sanierten Münzsysteme zu vereinheitlichen. 2. Danzig soll den Danziger Banken, welche eine Notenbank zu gründen bereit sind, empfehlen, eine nach näher festzulegende Beteiligung für bestimmte Banken polnischer Nationalität anzubieten. 3. Der Münzfuß soll derart sein, daß das englische Pfund zugrunde gelegt, aber nicht in 100, sondern in 26 Teile geteilt wird.

Die Verhandlungen über einen an die Notenbank unter Danzigs Garantie zu gewährenden Kredit sollen unmittelbar nach Abschluß der Besprechungen in Genf in London weitergeführt werden.

Es ist nunmehr zu hoffen, daß mit einer baldigen Lösung des Währungsproblems begonnen werden kann. Im Senat werden die Vorarbeiten auf das eifrigste betrieben.

Die Währungsverhandlungen vor dem Abschluß.

TU Berlin, 8. September.

Die Verhandlungen über die Schaffung einer wertbeständigen Währung haben im Reichsfinanzministerium den ganzen Tag über ihren Fortgang genommen. Man erwartet noch heute ihren Abschluß, sodaß das Kabinett am Montag in der Lage sein könnte, eine Entscheidung zu fällen.

Entspannung in Genf.

Vor der Beilegung des griechisch-italienischen Konfliktes.

Die Stellung des Völkerbundsrates.

Genf, 8. September.

Die meisten Mitglieder des Völkerbundsrates hielten heute nachmittag eine inoffizielle Besprechung ab, in der sie zu der Note der Botschafterkonferenz Stellung nahmen. **Sie beurteilten, wie man hört, die Lage optimistisch.** Sie sind der Ansicht, **daß die Räumung Korfus nicht mehr lange werde auf sich warten lassen können.** Das spanische Ratsmitglied Quinones de Leon, auf dessen Vorschläge in der Ratssitzung vom 6. September die Note der Botschafterkonferenz Bezug nimmt, reiste nach Paris, um mit dem Präsidenten der Botschafterkonferenz Rücksprache zu nehmen. Weiter wird mitgeteilt, daß Lord Baldwin, der in Aix-les Bains zur Kur weilt, sich voraussichtlich morgen mit Lord Robert Cecil in Evian auf der französischen Seite des Genfer Sees treffen wird. In den Kreisen der Versammlungsdelegierten hat die Note der Botschafterkonferenz **eine sichtliche Entspannung hervorgerufen.** Man weist vor allem darauf hin, daß sie sich zum Teil auf die Debatte des Völkerbundsrates stützt. **Man zweifelt auch nicht an ihrer Annahme durch Griechenland,** betont aber, daß die Weiterentwicklung und vor allem die Stellungnahme des Völkerbundes **ausschließlich von der Frage der Räumung Korfus abhänge.** Es macht sich stark die Tendenz geltend, **die Frage der Zuständigkeit des Völkerbundes bis zur vollen Erledigung des Konfliktes hinauszuschieben** oder fallen zu lassen, oder später nur rein theoretisch durch den ständigen internationalen Gerichtshof zu lösen. Man zweifele aber, ob die kleinen Staaten sich bei einer Verschleppung der Räumung Korfus mit einer solchen Lösung abfinden und auf eine schnelle grundsätzliche Lösung der Zuständigkeitsfrage verzichten werden.

Mussolini ist befriedigt.

EE Paris, 8. September.

Mussolini, der in Monza dem Automobilrennen um den Großen Preis von Europa beiwohnte, bekundete, einer Meldung des „Temps" zufolge, seine Genugtuung über die Entscheidung der Botschafterkonferenz.

Athen zahlt.

TU Paris, 8. September.

Einer Meldung aus Genf zufolge hat Griechenland mit der Durchführung der ihm von der Botschafterkonferenz auferlegten Verpflichtungen bereits begonnen. Der geforderte Betrag von 50 Millionen Lire ist in der Schweizer Nationalbank hinterlegt worden.

EE Paris, 8. September.

Wie der „Star" sich aus Genf melden läßt, besteht kein Zweifel darüber, daß Griechenland die Note der Botschafterkonferenz in vollem Umfange annehmen wird.

Auch Belgien ist optimistisch.

EP Paris, 8. September.

Der Korrespondent des „Oeuvre" in Brüssel meldet, daß in dortigen maßgebenden Kreisen über den italienisch-griechischen Zwischenfall eine sehr optimistische Stimmung herrscht. Die politischen Kreise seien für die Zuständigkeit des Völkerbundes in dieser Frage. Hymans habe Instruktionen erteilen, alle Versuche, Italien eine Genugtuung zu verschaffen, zu begünstigen.

Bulgariens Friedensliebe.

Sofia, 8. September.

Die Agence Bulgare erklärt: Gewisse auswärtige Blätter unterstellen bei Besprechung der durch den italienisch-griechischen Konflikt geschaffenen kritischen Lage der bulgarischen Politik Absichten, die ihr völlig fernliegen. Bulgarien ist mit keiner einzigen Macht durch einen Geheimvertrag verbunden. Ihrem Programm des inneren Wiederaufbaues getreu, ist die bulgarische Regierung entschlossen, eine Politik des Friedens und der Loyalität unverändert zu verfolgen.

Die öffentliche Meinung Bulgariens ihrerseits verhält sich den Ereignissen gegenüber vollkommen zurückhaltend und wünscht lediglich, daß sich der Konflikt auf freundschaftliche Weise beilegen lasse.

Ein Zwischenfall auf Korfu.

EP Rom, 8. September.

Die Abendblätter melden aus Korfu: Seeleute aus Patras berichten, daß während einer Italien feindlichen Kundgebung das Gebäude des dortigen italienischen Konsulats von Griechen in Brand gesteckt worden sei. Die italienische Kolonie habe sich zur Wehr gesetzt, wobei es auf beiden Seiten Opfer gegeben habe. Das italienische Viertel wird von der griechischen Polizei bewacht und beschützt. Einzelheiten über den Zwischenfall fehlen noch.

Die Devisenkäufe der Ruhrindustrie.

TU Düsseldorf, 8. September.

Angriffen zahlreicher Zeitungen gegenüber, wonach das Rheinland und das Ruhrgebiet und insbesondere die rheinische Industrie Devisen zu Spekulationszwecken in großem Umfange kaufen, wird von gut unterrichteter Seite mit Nachdruck darauf hingewiesen, daß hiervon nach Lage der Dinge nicht die Rede sein könne. Auch wie vor ist der Lebensmittelhandel außerordentlich eng und finanziell in ungewöhnlichem Maß geschwächt. Hieraus ergibt sich für die Großindustrie die unabweisbare Pflicht, ihrerseits sich der bei ihr beschäftigten Arbeiter anzunehmen und damit einen großen Teil der Lebensmittelversorgung an Rhein und Ruhr durch Werthilfe sicherzustellen. Da diese Lebensmittelversorgung aber zum großen Teil nur aus Holland möglich ist, entsteht auch ein Devisenbedarf, von dem man sich wahrscheinlich im unbesetzten Gebiet keinen richtigen Begriff machen kann. Von dem Generaldirektor eines Konzerns wird u. a. mitgeteilt, daß für die Deckung des Wochenbedarfs einer Arbeiterschaft von 60 bis 70 Köpfen an Mehl, Fett und Kartoffeln aus dem nahen Holland jeweils eine Million holländischer Gulden, das heißt also in der letzten Zeit 6 bis 8 Billionen Papiermark erforderlich sind. Derartige Beträge können naturgemäß niemals aus vorhandenen Devisenbeständen genommen werden, zumal die Hüttenwerke, die früher Devisen für die Einfuhr von Eisenerzen usw. gebraucht haben, ihre Devisenbestände fast vollständig aufzehren und darüber hinaus vielfach Kredite in Anspruch nehmen mußten. Da für die Rohstoffeinfuhr bei dem allmählich eintretenden Stillegen der Betriebe Devisen in größerem Umfange nicht mehr gebraucht werden, ist der Devisenbedarf für andere Zwecke als für die Lebensmittel der Arbeiter sehr gering geworden, und Devisen von nennenswerter Bedeutung sind für andere als für Lebensmittelzwecke nicht mehr gekauft worden.

Stresemanns Weg.

Von

Paul Steinborn

Das Kabinett Stresemann hat sich in der Zeit seit seinem Regierungsantritt den Weg freigemacht, auf dem es jetzt den ersten, weitsichtigen sichtbaren Schritt gegen hat. Die verflossenen mehr als drei Wochen mögen als etwas lange Frist anmuten, wenn man bedenkt, wie eilig wir es haben. Aber der Zeitraum erscheint kürzer, sobald man sich die Riesengröße der vielfältigen Probleme vor Augen hält, deren Lösung man von ihm verlangt. Als erstes Ergebnis der Bilanzaufstellung haben wir die Notverordnung über die Zwangserfassung aller unproduktiven Devisenwerte und die Schaffung eines neuen Reichskommissariats zu verzeichnen, bei dem man abzuwarten haben wird, ob und inwieweit es die an seine Errichtung geknüpften Hoffnungen erfüllt. Schon in den ersten Beratungen der neuen Regierung mit den Vertretern der Industrie und Finanz haben diese nach der Aussage Dr. Hilferdings im Reichstage erklärt, Erfolge werde und könne man nach der Natur der Dinge und Menschen allein durch Ausübung von Zwang und Gewalt erzielen. Man kann nicht sagen, daß die neueste Notverordnung in dieser Richtung nicht das äußerste versucht. Die Aufhebung der Artikel 115, 117 und 153 der Verfassung bedeutet nichts Geringeres als die Aufhebung der wichtigsten „Grundrechte" des einzelnen Deutschen zugunsten des Reichs. Es gibt künftig kein Brief- und Telephongeheimnis mehr, der neue Reichskommissar kann zu jeder Tag- und Nachtstunde jedem der Hinterziehung auch nur Verdächtigen die Polizei in die Wohnung schicken, und was sonst der schönen Dinge mehr sind. Wie gesagt, es bleibt abzuwarten, wie die Aktion läuft. Doch ist es schwer, den Hinweis darauf zu unterdrücken, daß auch die Einsetzung von Wuchergerichten eine Maßnahme letzten Zwanges war und nur bescheidenen Erfolg gehabt hat.

Daß das Ziel, dem wir unter der Führung des neuen Reichskommissars zustreben, aufs innigste zu wünschen wäre, darüber sind wir uns alle einig. Er soll den Fundus an disponiblen Devisen schaffen, der der Regierung erstens die Herrschaft über den Devisenmarkt und den Dollarkurs sichert, und der außerdem noch ausreicht, um mit dem restlichen Goldbestande der Reichsbank vereint, die genügende währungstechnische Decke und Basis für eine stabile, neue Goldnote zu bilden. Das ist der ganz einfache und sehr einleuchtende Sinn der Notverordnung. Und damit ergibt sich auch ohne weiteres die Stellung zu den einzelnen Projekten für die Goldnotenbank. Vielleicht, nein hoffentlich erbringt der neue Devisenkommissar den Gegenbeweis, aber bis dahin muß man doch wohl davon ausgehen, daß der Plan zu wählen wäre, der das für diese Bank notwendige Kapital auf finanz- und wirtschaftstechnischem Wege zusammenbringt und auf die Unterstützung der Polizei erst ganz in zweiter Linie zählt. Auch sind alle Kenner der deutschen Besitzverhältnisse einig darin, daß die erforderlichen Millionen Gold relativ leicht aufzubringen wären. Wir meinen auch, daß einem Appell an die Furcht des Staates vor der so etwa gestärkten Macht der zur Unterstützung herangezogenen Wirtschaftsstände nicht nur nicht im Hinblick auf die zum äußersten gespannte Gesamtsituation, sondern an und für sich keine Statt gegeben werden sollte. Leider steht es aber ganz so aus, als ob man dieser Meinung nicht überall ist, sodaß die Gefahr besteht, daß sich Einflüsse dieser Art auch auf die Regierung geltend machen könnten. Wir sind aber im Kriege, wir stehen in der entscheidenden Endphase des Kampfes um Leben und Existenz der Nation und haben

Schlußkurs der Mark in New-York

0,000003 1/8

Hiesige Parität

32 Millionen Mark.